

Extra: Energie

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

Beredtes Schweigen ist eine Antwort. Prof. Uwe Leprich vom Umweltbundesamt ist im Interview auf Seite 3 auf viele Fragen der künftigen Energieversorgung sehr deutlich. Allein als es um den politisch gewollten Handel mit Luftverschmutzungszertifikaten ging, wurde ihm das Eis zu dünn. Immerhin gilt er als Kernstück der Politik für saubere Luft und Energie, eine der Zukunftsfragen für die ganze Welt. Da müssen dicke Bretter gebohrt werden. Wenn die Energiewende mit ihren Problemen und all ihren Chancen auf neue Arbeits- und Geschäftsfelder gelingen will, dann muss man sie als stetigen Prozess begreifen, der die ganze Gesellschaft verändern wird. Das könnte ein Fazit aus den Beiträgen in diesem EXTRA sein.

Ihr
Martin Hardt

Inhalt

Der 5. Monitoring-Bericht »Energie der Zukunft« der Regierung	1
Kaltstart in die Elektromobilität Ein Vor-Ort-Termin	2
Das EXTRA-Rätsel	2
Prof. Uwe Leprich vom Umweltbundesamt zur Energiewende	3
Gewerkschaft IG BCE: Ökostrom kann nicht alles	3
Impulse für dezentrale Energieversorgung	3
Zivilgesellschaft macht Druck Pavillon auf Weltausstellung Reformation in Wittenberg	3
Solarstrom für Ostafrika Mobisol GmbH gewinnt bei den Green Tec Awards	4
Delphi-Studie: Wir haben 2040: Die Energielage	4

Das nächste Extra erscheint
am 23.06.2017
Thema: »aktiv & gesund«



Was auf diesem Foto so innovativ aussieht, erzeugt bei Visionären der Energiewende nur müdes Achselzucken. Anno 2040 lädt man weltweit sein Auto nur noch steckerlos und via Induktion (Seiten 2 und 4). Foto: Martin Hardt

Stellungnahme der Expertenkommission zum 5. Monitoring-Bericht »Energie der Zukunft«

Viele Weichen müssen neu gestellt werden

»Die Energiewende ist unser Weg in eine sichere, umweltverträgliche und wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft. Wir haben uns entschieden, Deutschlands Energieversorgung grundlegend umzustellen: weg von nuklearen und fossilen Brennstoffen, hin zu erneuerbaren Energien. Bis 2025 sollen 40 bis 45 Prozent und bis 2050 80 Prozent unserer Energie aus regenerativen Quellen kommen. Und wir setzen darauf, immer effizienter mit Energie umzugehen.« So beginnt das Dossier mit dem Titel »Energiewende« des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi).

So schön, so gut. Doch in ihrer »Stellungnahme zum fünften Monitoring-Bericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2015« vom Dezember 2016 fin-

den berufene Fachleute auf die Frage, ob und wie man diese ehrgeizigen Ziele erreichen kann, mitunter harsche Worte. Er ist wie der Monitoringbericht ebenfalls auf der Homepage des BMWi zu finden.

Bei der Energieproduktion zeigen sich kaum Probleme, wohl aber beim Sparen. In der Zusammenfassung zu Anfang der Stellungnahme heißt es zum Beispiel: »Das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis 2020 auf 18 Prozent zu steigern, lässt sich mit großer Wahrscheinlichkeit erfüllen. Die Stromerzeugung ist dafür von erheblicher Bedeutung, ... Anders sieht es beim Anteil der erneuerbaren Energien im Verkehrsbereich aus. Das Ziel von 10 Prozent dürfte bis 2020 wohl verfehlt

werden, zumal der Anteil in den letzten Jahren sogar spürbar auf nur noch 5,2 Prozent gesunken ist.« Das Verkehrssystem ist auch beim Energiesparen ein Hauptproblemfeld, so die Stellungnahme zum Monitoring-Bericht. »Eine beträchtliche Zielverfehlung ist beim Endenergieverbrauch im Verkehrsbereich zu erwarten, so dass auch kein sonderlicher Beitrag zur erforderlichen Senkung des gesamten Endenergieverbrauchs bis 2020 geleistet werden kann.

Im Verkehrsbereich soll der Energieverbrauch bis 2020 im Vergleich zu 2005 um 10 Prozent gesenkt werden. Tatsächlich war der Verbrauch im Jahr 2015 aber sogar höher (+1,2 Prozent) als 2005. Die Entwicklung ist in dieser Periode weitgehend getrieben von der star-

ken Steigerung der Personen- und Güterverkehrsleistung ... Signifikante Änderungen im Verkehrsverhalten wie in der Verkehrspolitik sind bisher nicht zu erkennen.« Aus Sicht der Expertenkommission ist eine Erreichung des Energieverbrauchsziels im Verkehr für 2020 weit entfernt. Das sehe selbst die Regierung so.

Die Situation auf der Nachfrageseite, auf der durch Energieeinsparung und höhere Energieproduktivität ein Rückgang des Primärenergieverbrauchs sowie des Endenergieverbrauchs in einzelnen Sektoren bewirkt werden sollte, stelle sich wesentlich ungünstiger als im Monitoringbericht der Regierung dar. Die strebe an, die Endenergieproduktivität innerhalb der Periode von 2008 bis 2050 jah-

resdurchschnittlich um 2,1 Prozent zu steigern. Von diesem Ziel sei Deutschland bisher allerdings auch weit entfernt.

Die Expertenkommission kommt auch zu dem Ergebnis, dass die Minderung der Treibhausgasemissionen, die in einem engen aber nicht ausschließlichen Verhältnis zur Energieproduktion steht, bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 als ein zentrales politisches Ziel des Energiekonzepts der Bundesregierung mit großer Wahrscheinlichkeit verfehlt werden dürfte.

Im Monitoring-Bericht der Bundesregierung werde richtigerweise hervorgehoben, dass die Emissionen bis 2015 im Vergleich zu 1990 mit rund 27 Prozent bereits erheblich vermindert werden konnten. Allerdings werde in dem Bericht nur unzu-

reichend das Augenmerk darauf gerichtet, dass die Treibhausgasemissionen in den vergangenen sieben Jahren mehr oder weniger stagnieren. Die Lücke bis zur Reduktion der Treibhausgasemission 2020 um 40 Prozent könne nur geschlossen werden, wenn eine durchschnittliche jährliche Reduktion um 3,8 Prozent erreicht werde. Das Tempo der Emissionsminderung gegenüber der Periode von 1990 bis 2015 müsse sich etwa verdreifachen, gegenüber der Periode von 2005 bis 2015 wäre es sogar eine Vervielfachung. Aus heutiger Sicht sei nicht zu erkennen, wie die Bundesregierung dies erreichen wolle.

Die Expertenkommission schlägt in diesem Zusammenhang auch eine Änderung des Handels mit Emissionsrechten

bei Kohlendioxid vor. »In dem Maße wie eine deutsche CO₂-Bepreisung über die Preise im europäischen Emissionshandel hinausginge, müsste sichergestellt werden, dass die deutschen Minderemissionen nicht durch das Nutzen freigewordener Zertifikate an anderer Stelle konterkariert werden. Die Expertenkommission schlägt deshalb erneut vor, die nationale Zielerreichung entsprechend durch Kauf und Stilllegung von Emissionsrechten durch die Bundesregierung zu flankieren.« »Die beste Lösung wäre ein stringenter Emissionshandel, eine mit den EU-Partnern abgestimmte und über die EU-Kommission koordinierte Stilllegung von Emissionsrechten.« *mwb*

www.bmwi.de

ANZEIGEN

BRANDENBURG BERLIN

Reiterhof Helenenau
bei Bärnau hat im Sommer
noch freie Plätze für Reiterferien
☎ 03388/3313 www.helenenau.de

**Urlaub/Ferien/Dienstreise
in Berlin?**
Komfortables Ferienhaus bis 8 Pers.,
W-LAN, TV, Internet-PC
www.ferienhaus-berlin.net

SACHSEN

Sächsische Schweiz
Schöne FeWo ab 40 € (bis 4 Pers.)
☎ 03 50 28/808 80 www.sachsische-
schweiz-touristik.de/guenther

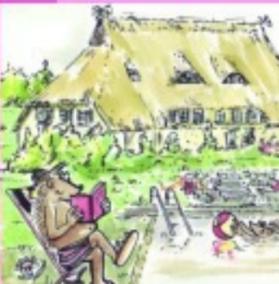
Sommerfrische
01824 KD Göhrisch/Sächs. Schweiz
z.B. 7 Ü/HP a la carte im DZ
zu 343 €/P.
**Pension „Waldidylle“
und Annas Hof**
Pamela und Thomas Kretzschmar
Papstsdorfer Str. 130/
Neue Hauptstr. 118
Infor: 035021 - 683 56 oder 687 81
www.gohrisch.net

**Tun Sie was für Ihren Umsatz.
Mit einer Anzeige im nd.**
Geschäftsanzeigen im nd:
Tel: (030) 2978-1842, Fax: -1840
anzeigen@nd-online.de
neues deutschland nd

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Urlaub direkt am Meer auf der schönen Insel Usedom
**Komfort & Service
zum Verwöhnen**
(u.a. Badelandschaft, Restaurants mit Meerblick &
Terrassen, SPA, „Seerosen“, Cocktails, Bowlingbahn)
Ganzjährig attraktive Arrangements

Strandhotel Seerose KÖlpinsee
17459 Seebad KÖlpinsee/Loddin • Strandstraße 1
Tel.: (03 83 75) 540 • Fax: 541 99
Info@strandhotel-seerose.de • www.strandhotel-seerose.de

Empfohlen von Dr. Dr. Elke Brandt ******Hotel Borstel-Treff**
Am Matthesweg 6, 194 06 Dabel, Tel. 038485 / 20150. www.borstel-treff.de

**KUREN IN MECKLENBURG
- STRESS ABBAUEN -**
7 D ab 408 € p.P. im DZ
14 Ü ab 668 € p.P. im DZ
inkl. HP, 10 bzw. 20 Anwendungen
Indikation: chronische Erschöpfung,
Schmerzen im Bewegungsapparat,
Herz-Kreislauferkrankungen,
z.N. Schlaganfall, Prophylaxe
Knochenbrüche bis 220 € möglich
**TAGUNGEN UND FAMILIENFEIERN/
HOCHZEITEN** in der neu erbauten
Orangerie (für 30 - 150 Pers.)
WELLNESS-WOCHEN ab 309 €
KUSCHELWOCHE ab 99 €
GUTSCHEINE für jede Gelegenheit
URLAUBS- und VERHINDERUNGSPFLEGE
• Zimmerpreise ab 43 € p.P./N inkl. Fr.
• Physiotherapie im Haus
• 10% Rabatt für Mitglieder DNE LINKE
• NEU: Privatreisen
• NEU: Reiterferien

MONTENEGRO

Montenegro - „Wilde Schönheit“
8-tägige Kultur- und Erlebnisreise ab/an Berlin
27.09. - 04.10., 01. - 08.10. und
11. - 18.10.2017 **ab 849 €**

Sie fliegen von Berlin-Tegel nach Dubrovnik und übernachten
in einem 4-Sterne-Hotel in Budva. Im Preis enthalten sind HP,
verschiedene Tagesausflüge, eine Bootsfahrt u.v.a.m..
Es gibt auch einen fakultativen Zusatzausflug nach Dubrovnik.
Zusätzliches (pro Person):
• Einzelzimmerzuschlag im September **175 €**
• Einzelzimmerzuschlag im Oktober **135 €**
• Zuschlag Zimmer m. Meerblick **70 €**
• Zusatzausflug Dubrovnik **59 €**
Beratung und genauere Info's: nd-Anzeigenabteilung
Frau Weigelt • Tel.: (030) 2978-1842 • Fax: (030) 2978-1840

RUSSLAND

Transsibirische Eisenbahn
Von Moskau zum Baikalsee
Termine im Juni, Juli u. August 2017
Genießen Sie die grandiose Landschaft mit Unendlichkeit
von Felsen, Bergen, Seen und bewaldeten Landschaften.
Relaxing, Ausflüge und Besichtigungen

**ab C 2.695,-
pro Person**
Bahnenfelder Chaussee 53
22761 Hamburg
040-89 69 09 0
info@go-east.de
GO EAST
www.go-east.de

Interessenvereinigung der Mittelständischen Wirtschaft IMW e.V. lud Berliner Unternehmer ein.

Kaltstart in die Elektromobilität

Von Martin Hardt

Es war einer der letzten kalten Maiabende in Berlin, als sich Mitglieder des Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmervereins (FKU e.V.) in warmer Kleidung auf Deck 2 im Parkhaus am Gleisdreieck trafen. Mit den wärmenden Worten »Nehmen Sie sich einen Kaffee«, nahm Susan Friedrich vom Vorstand Interessenvereinigung der Mittelständischen Wirtschaft IMW e.V. mit dem Reporter ersten Kontakt auf, die sich auch Servicestelle für die Wirtschaft versteht. Der Abend unter dem Motto »Elektromobilität zum Anfassen« war Teil ihrer Veranstaltungsreihe »Mittelstandsforum Metropol«, die oft zu eher ungewöhnlichen Orten einlädt, um das feierabendliche Netzwerken unter den Teilnehmern zu fördern. Das ist im Übrigen auch eine Stärke des FKU e.V., dessen Mitglieder aus unterschiedlichsten Branchen seit Jahren in vielerlei Hinsicht von einander profitieren.

Wer sich am Markt bewegt, muss sich spüren, und doch gibt es Themen, die auf der Prioritätenliste des Geschäftsalltags eher hinten anstehen. »Elektromobilität« gehörte bei den meisten Teilnehmern, bis zu diesem Abend jedenfalls, dazu. Höhepunkt des Treffens sollten Fahrten in Elektromobilen verschiedener Firmen werden – für die Technikaffinen: Ja, auch eine Limousine von Tesla war unter den Fahrzeugen, mit denen zum Schluss auf dem obersten Parkdeck gefahren werden sollte. Aber Spaß ist Spaß, und Geld ist Geld, und so war man gerne bereit, vorher einigen einführenden Worten der Veranstalter und ihrer Kooperationspartner zuzuhören. Die finanziellen Rahmenbedingungen auf Elektrofahrzeuge umzusteigen (Beitrag unten), werden immer reizvoller.

Udo M. Strenge von der Mittelstandsvereinigung stellte das Treffen in den aktuellen politischen Kontext. Wenn der Diesel nun schon in Verruf geraten



Auch beim Flaggschiff Tesla findet sich kein Motor, wo er sein sollte.

sei, müsse man sich eben anderweitig orientieren. Viktor Metzler von »Muvon«, ein Tochterunternehmen des Energieanbieters E.on, erläuterte die Anwendbarkeit von Elektromobilität in Unternehmen und damit das Beratungsangebot seiner Firma. Wer sich mit dem Gedanken trage, umzusteigen müsse sich zunächst mit dem eigenen Anschlussbedarf beschäftigen. Dann müsse die Ladeinfrastruktur analysiert werden, aber auch das Abrechnungswesen, das mit den Ladestationen zusammen hänge, sei ein Thema. Im Zeichen der Digitalisierung sei das aber alles kein Problem. Mit Hinweisen auf die geringeren Betriebskosten von Elektrofahrzeugen, ihrem geringeren CO2-Ausstoß und dem Plus bei der Selbst-

darstellung als modernes Unternehmen leitete er zum Thema »Ladestation« als zukünftiges Mittel der Kundenbindung über. Auch hier gibt es Geld vom Staat. Wenn das noch für viele etwas abstrakte Zukunftsmusik war, tat der Erfahrungsbericht von Werner Schmidt, Geschäftsführer von Ruksal-Druck, den Zuhörern gut. Durch puren Zufall hatte man sich ein E-Fahrzeug für Stadtransporte gemietet und festgestellt, wie gut das in der Stadt geht. Gegenüber früher spare man nun bis zu 2500 Euro an Energiekosten. Ein Wermutstropfen war für ihn aber auch dabei. Man fand bei Nissan einen passenden Transporter. Die deutschen Hersteller hatten kein passendes Auto im Programm.



Noch herrscht Steckerwut bei der Elektromobilität. Fotos (2): Martin Hardt

Förderrahmen Elektromobilität

Wer Geld hat, kriegt Geschenke

Bis 2020 sollen in Deutschland eine Million rein elektrische oder mit Hybridtechnik ausgestattete Autos fahren. Dazu sollen vom Staat 600 Millionen Euro ausgegeben werden, wenn es nach der aktuellen Bundesregierung geht. Die Gesamtförderung sei auf 1,2 Milliarden Euro festgelegt. Davon übernehmen der Bund und die Automobilindustrie jeweils die Hälfte. Besitzer eines Elektrofahrzeugs sind für zehn statt -

wie bisher - nur für fünf Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Auf der Themenseite »Elektromobilität« des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) liest sich das in gekürzter Form folgendermaßen: »Es wird eine Kaufprämie, der sogenannte Umweltbonus, für Neufahrzeuge gezahlt - 4000 Euro für reine Elektroautos, für Plug-In Hybride 3000 Euro. Der Umweltbonus wird für Fahrzeuge mit einem Lis-

tenpreis von maximal 60.000 Euro gezahlt. Die Förderung durch den Bund erfolgt bei entsprechender Förderung durch den Hersteller. Autokäufer können ihre Anträge beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) stellen, das hierfür auch ein Info-Telefon (06196 908-1009) eingerichtet hat. Zur Verbesserung der Ladeinfrastruktur stellt der Bund 300 Millionen Euro zur Verfügung; 200 Millionen Euro

für die Schnelllade-Infrastruktur und 100 Millionen Euro für die Normalladeinfrastruktur. Ziel ist weiterhin, dass künftig mindestens 20 Prozent Elektrofahrzeuge im Fuhrpark des Bundes sind. Sollten Arbeitnehmer beim Arbeitgeber das Elektrofahrzeug aufladen, stellt dies keinen zu versteuernden Vorteil mehr dar.« *mwh*
www.bmwi.de

Das Extra Rätsel

alt-germanisch, Hildebrand	sehr starke Winde	Platzdeckchen	abwaschbares Magnetglas	hohe Spielkarte	chem. Zeichen für Teller	Rufname von Caposa	span. Doppelkonsonant	Vorname der Lampen	dt. Autor, Physiker 1995	französischer Anrede	alter Name von Thailand	Kartellritter
Hauptfigur im Roman			franz. Département	Stunden-gewinn	1			darnach			9	
3												
erhaltenes	Idol, Götz	Freiwirtschaftler						Indischer Bundesstaat	Besitz (... und Gut)		gelübtes	
Edelmetallhandelsform												Kontakt
Stichtschlichter								Hunderrasse	Kochgabel		12	Figur der Quadrille
schmalen Durchlass	Nachlassempfang	Schriftstellerwörterbuch (Abb.)						Jupitermond			4	alle Farben
imorgilische Gestein								kaskadierender Wasserfall				11
kleine Städtchen	Sünden gestehen							Wirkstoff des Kaffees				6
Labergemeinschaft												

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Web-Tipp

Startpunkt zum Strom sparen

900 Kilowattstunden Strom kann ein durchschnittlicher 3-Personen-Haushalt jährlich sparen, und das wären nicht weniger als 260 Euro. Das geht aus dem neuen Stromspiegel für Deutschland hervor, den das Bundesumweltministerium mit Partnern aus Forschung, Wirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlicht hat. 161.000 Verbrauchsdaten deutscher Haushalte wurden für den neuen Stromspiegel ausgewertet. Diese Meldung gehört zum Nachrichtenangebot auf www.die-stromsparinitiative.de. Die Stromsparinitiative wurde vom Bundestag 2012 initiiert. An ihr sind neben Wohlfahrts- und Verbraucherschutzverbänden, Kirchen und kommunalen Spitzenverbänden auch die Bundesagentur für Arbeit sowie Verbände der Energiewirtschaft und Energietechnik beteiligt. Neben einem Formular, mit dem sich schnell eingeben lässt, ob der eigene Verbrauch im grünen oder tiefroten Bereich liegt, gibt es hier Tipps zum Stromsparen und Beratungsangebote bei Fragen von Förderung und Zuschüssen und vielem mehr. *mwh*

www.die-stromsparinitiative.de

Impressum

Extra
Verlagsbeilage der Tageszeitung neues deutschland
Redaktion und Gestaltung:
Martin Hardt: V.i.S.d.P.
E-Mail: m.hardt@nd-online.de

Autoren und Quellen
Martin Hardt (mwh),
Quellen wie am Text angegeben

Bildquellen
Seite 1: Martin Hardt; Seite 2:
Martin Hardt (2); Seite 3: Patrick Pleul, Roland Horn; Seite 4: GIZ, Torsten Fuh/ mobilisol GmbH
Anzeigenverkauf
Dr. Friedrun Hardt (Leitung)
(030) 2978 -1841
Sabine Weigelt -1842
Telefax: -1840
E-Mail: anzeigen@nd-online.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2017
www.neues-deutschland.de

Und das können Sie gewinnen

- Preis: Gutschein für 2 Übernachtungen inklusive HP für 2 Erwachsene und bis zu 2 Kinder im AHORN Hotel Am Fichtelberg in Oberwiesenthal
- Preis: 2 Tickets für die trÄNENpALAST-Reihe »Missverstehen Sie mich richtig!« in der Distel am 6. August um 14 Uhr mit Gregor Gysi und Rainald Grebe
- Preis: eine Ledergeldbörse (gesponsert von Fielmann)

Lösungswort auf Postkarte an:
Neues Deutschland
Anzeigen Geschäftskunden
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Einsendeschluss: 2. Juni 2017
Die Gewinner werden im nächsten Extra: bekanntgegeben.

Lösungswort des letzten Rätsels:
Reiselust

- Die Gewinner:
- Preis: Christine Weese, Merseburg
 - Preis: Rolf Hübler, Chemnitz
 - Preis: Arnold Sabisch, Altlandsberg

IG BCE: Ökostrom kann nicht alles

Stabiles Wachstum, nachhaltiger Wandel und Versorgungssicherheit sind die Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende. Dies war das Ergebnis des »Innovationsforums Energiewende« Anfang Mai, so die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) in einer Pressemitteilung auf ihrer Homepage.

Bei der Veranstaltung diskutierten rund 150 Betriebsräte, Unternehmensvertreter, Politiker und Wissenschaftler die aktuellen Herausforderungen der Energiewirtschaft und Investitionen in Zukunftstechnologien des Energiemarktes. Seit die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Energiewende wies Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, hin. Die Versorgungssicherheit dürfe nicht einer Ausstiegslösung zum Opfer fallen. Vassiliadis forderte, man müsse sich mehr Gedanken über die Alternativen zu den »Alternativen« machen. »Die Erneuerbaren werden immer abhängig von Wind und Sonne sein – mit den extremen Leistungsschwankungen, die wir schon kennen. Der Strommix der Zukunft benötigt auch revolutionäre Hochtechnologie, wenn er eine sichere Versorgung gewährleisten soll.« igbce/mwh

www.igbce.de

E.on punktete nur mit grüner Sparte

Die Energiewende habe mit der bevorzugten Einspeisung erneuerbarer Energie in die Stromnetze die Preise auf dem Strommarkt in den Keller getrieben. Das war in den Medien die allgemeine Erklärung für den Rekordverlust des Energiegiganten E.on, der Mitte März auf der jährlichen Bilanzpressekonferenz verkündet werden musste. Positiv entwickelte sich das Ergebnis im Geschäftsfeld »Erneuerbare Energien« bei den Off-Shore Windparks. mwh

Prof. Uwe Leprich, eine Stimme aus dem Umweltbundesamt:

Energiesparen hat noch immer kräftig Gegenwind

Prof. Uwe Leprich ist Hochschullehrer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, zur Zeit für zunächst zwei Jahre an das Umweltbundesamt abgeordnet und dort Leiter der Abteilung Klimaschutz und Energie. Martin Hardt konnte ihn befragen.

Kann man das Energieeinsparpotential beim heutigen Energieverbrauch beziffern, um die gesteckten Ziele bis 2020 oder sogar 2050 zu erreichen?

Die Ziele der Bundesregierung im Hinblick auf eine Minderung des Energiebedarfs durch Energiesparen und eine Verbesserung der Energieeffizienz wurden im Energiekonzept im Herbst 2010 festgelegt und seither immer wieder bestätigt. Demnach soll der Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent gegenüber dem Jahr 2008 verringert werden. Hinzu kommen Teilziele wie beispielsweise eine angestrebte Verringerung des Stromverbrauchs um 10 Prozent bis 2020 und um 25 Prozent bis 2050 gegenüber 2008. Diese Zielsetzungen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern wurden in zahlreichen Studien zur Abschätzung der vorhandenen Energieeffizienzpotenziale ermittelt. Der dabei zugrunde gelegte Potenzialbegriff ist in aller Regel ein technisch-wirtschaftlicher: Demnach sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die heute technisch möglich sind und sich über die Lebensdauer der Geräte und Anlagen rechnen.

In der Öffentlichkeit dominieren Projekte für das Energieangebot die Diskussion, wie die Energiegewinnung durch Windkraft oder der Bau der neuen Stromtrassen in den Süden dieses Landes. Wie und wo kann Energie effizienter eingesetzt oder eingespart werden, wenn es nach Ihnen geht?

Wichtig ist zunächst, dass man das eine nicht gegen das andere ausspielt. Wir benötigen für ein nachhaltiges Energiesystem sowohl den ehrgeizigen Ausbau



Windkraftwerke über einem Dorf. Die Stromproduktion ist nicht das Problem, wohl aber das Energiesparen.

Foto: Patrick Pleu

der erneuerbaren Energien inklusive der dazu gehörigen Infrastruktur als auch die umfassende Erschließung der vorhandenen Effizienz- und Einsparpotenziale. Das fängt bei Gebäuden an, bei denen sich mit den heutigen technischen Möglichkeiten der Energiebedarf im Durchschnitt um mindestens 80 Prozent verringern lässt, geht weiter über den Stromverbrauch, wo durch den Einsatz von beispielsweise modernen Beleuchtungssystemen oder hocheffizienten Motoren ebenfalls eine erhebliche Verringerung in ausgewählten Anwendungsfeldern erzielt werden kann, bis hin zum Verkehrssektor, wo man in der Perspektive die Ablösung des Verbrennungsmotors durch den Elektromotor erhebliche Einsparungen und damit verbundenen Minderungen der Treibhausgasemissionen erzielen kann. All jene technischen Möglichkeiten stellen unseren Lebensstil und da-

mit verbunden unseren aktuellen Energiedienstleistungsbedarf nicht in Frage. Wenn man gleichwohl der Meinung ist, dass auch mit weniger Fleischverzehr, weniger Flugreisen, kleineren Autos oder länger haltbaren Gebrauchsgegenständen ein gutes Leben möglich ist, ergeben sich noch deutlich mehr Optionen, unseren global sehr hohen Energieverbrauch zu reduzieren.

Warum geschieht das nicht im gebotenen Maße?

Energiesparen und Energieeffizienz haben traditionell keine starke Lobby. Außer den Verbrauchern, deren Interessen sich auf Grund ihrer Zersplitterung nicht wirklich schlagkräftig organisieren lassen, gibt es nur wenige Branchen und Unternehmen, deren Geschäftsmodell darauf beruht. Demgegenüber gibt es gut organisierte Unternehmen, die mit dem Verkauf

von Energie Geld verdienen, oder solche, die schon allein die Kennzeichnung als lästige Pflicht empfinden, geschweige denn die Erfüllung konkreter Effizienzauflagen. Das gilt zum Beispiel für weite Teile der Bauwirtschaft. Hinzu kommt, dass Industrieunternehmen häufig andere Prioritäten haben und zudem auch bei Investitionen in Energieeffizienz nur mit sehr kurzen Amortisationszeiten rechnen. Kurzum: Energiesparen und das Streben nach Energieeffizienz haben es mit erheblichem Gegenwind zu tun und werden schnell in die Nähe von Gängelerei, Bevormundung oder puritanischer Tugendhaftigkeit gerückt.

Was kann aber dagegen getan werden?

Die Hoffnung, dem könnte man allein mit Informationen, Aufklärung und Qualifizierungsangeboten begegnen,

greift meines Erachtens deutlich zu kurz. Ich war immer ein Anhänger von Ordnungsrecht, zur Verstärkung gerne verknüpft mit preislicher Steuerung. Als erfolgreichstes Instrument sehe ich hier die europäische Ökodesign-Richtlinie, die uns beispielsweise sehr niedrige Standby-Verbräuche bei vielen Geräten beschert hat, wenn sie Strom verbrauchen aber nicht in Betrieb sind und sicherlich noch deutlich verschärft werden könnte. Auch die Energieeinsparverordnung hat per Vorschrift deutlich dazu beigetragen, dass in Deutschland effizienter gebaut wird. Eine weitere Verschärfung der Bauvorschriften ist bereits in der europäischen Gebäuderichtlinie angelegt, die den Mitgliedstaaten vorschreibt, dass bis 31. Dezember 2020 sämtliche neuen Gebäude und bereits nach dem 31. Dezember 2018 neue öffentliche Gebäude Niedrigst-

Speichertechnologie und Mieterstrom

Impulse für dezentrale Energieversorgung

Von Martin Hardt

Die größte Batterie zur kommunalen Stromversorgung in Europa steht im Brandenburgischen Feldheim, einem Ortsteil von Treuenbrietzen. Seit 2015 versorgt sich Feldheim aus dieser Quelle. Die Batterie steht in einem Gebäude von Turnhallengröße und hat eine Leistung von 10 Megawatt und 10 Megawattstunden Kapazität. Bei einem Stromüberangebot kann sekundenschnell Energie aus dem Stromnetz entnommen und in Zeiten mangelnder Stromproduktion ins Netz abgegeben werden, um die Frequenz von 50 Hertz im Stromnetz stabil zu halten.

Die Landesregierung in Brandenburg habe Batteriepeicher auf ihre Agenda gesetzt und das Förderprogramm RENplus weiterentwickelt. Es bringe Modellvorhaben mit Speichertechnologien sowie regionale und kommunale Energiekonzepte voran. Hierfür werde die Koalition jährlich mindestens 10 Millionen Euro bereitstellen. Das Geld fließe sowohl aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) als auch aus Landesmitteln, schreibt das Internetportal »energiezukunft für erneuerbare Energien und eine bürgernahe Energiewende«. In Brandenburg gibt es einige Projekte dieser Art.

Was für die ländliche Region auf der Hand liegt, eine zukunftsste Strominfrastruktur muss oft noch geschaffen werden, sollte für die Städte mindestens genauso gelten, und doch beginnt man erst jetzt mit der Förderung dezentraler Energieversorgung im größeren Stil. Und so kommt es, dass die Politik ein bisher eher unbekanntes Akteur der Energiewende für sich entdeckt, um die schwerwichtigen Partner für die großen Sachen nicht zu verprellen, den Mieter wie du und ich.

Mit dem Ende April von der Bundesregierung beschlossenen Mieterstrommodell könnten künftig neben Hauseigentümern auch Vermieter und Mieter von Solarstrom vom Hausdach profitieren, so die Regierung auf ihrer Homepage. Der Vermieter erhalte je nach Anlagengröße einen Zuschlag zwischen 3,81 Cent/kWh und 2,21 Cent/kWh zusätzlich zu dem Erlös, den er beim Stromverkauf an den Mieter erzielt. Für den restlichen Strom, der nicht von den Mietern abgenommen wird und ins Netz eingespeist wird, erhalte der Anlagenbetreiber wie bisher die Einspeisevergütung nach dem EEG.

Anders als beim Strombezug aus dem Netz fielen beim Mieterstrom keine Netzentgelte, Konzessionsabgaben, Umlagen und Stromsteuer an, weil dieser Strom nicht ins Netz eingespe-

speist wird. Lediglich die EEG-Umlage müsse in voller Höhe gezahlt werden. Auf diese Weise profitierten Mieter und Vermieter von günstigerem Strom. Zum Schutz der Mieter gilt ein Höchstpreis von 90 Prozent des örtlichen Grundversorgertarifs.

Das Internetmagazin »Erneuerbare Energien« zählte schon 2014 »4 Gründe für eine dezentrale Energieversorgung« auf. Aktuell bremse man die dezentrale Energieversorgung aus. Denn durch zusätzliche Kosten werde dieses Modell weniger attraktiv. Das scheint man nun eingesehen zu haben. Trotzdem haben die vier Punkte noch immer ihre Geltung. In Bezug auf eine Vergleichsstudie des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), der Haleakala-Stiftung und die 100-Prozent-Erneuerbar-Stiftung

lauten sie: 1. Ein Ausbau der erneuerbaren Energien gegenüber einem zentralistischen Pfad verursache keine nennenswerten Mehrkosten. 2. Durch dezentralen Ausbau der Erneuerbaren wäre nur ein Bruchteil des Netzausbaus erforderlich. 3. Der Ausbau von Speichern sei noch nicht wirtschaftlich und so finde der Verbrauch der erzeugten Elektrizität in erster Linie nur zu den Zeiten der direkten Erzeugung statt. Letzteres mag sich gerade ändern, was aber erreicht werden könnte, ist Punkt 4 »Beteiligung der Be-

völkerung«. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass für einzelne Regionen pro Anwohner beim dezentralen Ausbau bis zu 80 Euro jährlich mehr kommunaler Wertschöpfung zu erzielen sind, als beim zentralen.

Schon heute werden Stromaggregate für einzelne Häuser oder Blocks angeboten, die zum Beispiel mit Gas betrieben werden. Solarstrom ist nicht die einzige Energieform, die sich für die dezentrale Versorgung eignet. So war auf einer Veranstaltung des Interessenvereins der Mittelständischen Wirtschaft und des Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmensvereins zur Elektromobilität (Seite 2) ein Anbieter dieser Lösung zugegen, für den die wasserstoffversorgte Brennstoffzelle die Zukunft ist.

Wenn der Markt wirklich allein entscheiden sollte, ist folgendes Szenario in einer nicht all zu weiten Zukunft dezentraler Energieversorgung vielleicht auch denkbar: Der Wertstoffmarkt muss durch die Verschrottung der Starkstromtrassenkabel auf lange Zeit gestützt werden, und in Brennstoffzellenzeiten käme vielleicht noch der Schrott des einen oder anderen Windparks dazu.

www.energiezukunft.eu
www.bundesregierung.de
www.erneuerbareenergien.de
www.haleakala-stiftung.de

Weltausstellung Reformation in in Lutherstadt Wittenberg

Zivilgesellschaft macht Druck

Die soziale Ungleichheit weltweit und der Klimawandel erfordern nicht weniger als eine Transformation der Weltgesellschaft. Anlässlich der Eröffnung der Weltausstellung Reformation in Lutherstadt Wittenberg forderten die Projektpartner des Transformationspavillons »Weg der Veränderung« eine gerechte Transformation, die die Auswirkungen der Reformation noch übersteigt. Das ist in einer Pressemeldung der Klima-Allianz Deutschland nach zu lesen.

Bis September 2017 werden in Wittenberg eine Vielzahl verschiedener Veranstaltungen zu Themen rund um die Große Transformation der Weltgesellschaft statt: Klimawandel und Klimaschutz, Energiewende, nachhaltiger Konsum, Ernährung, Mobilität, Natur- und Tierschutz. Neben wechselnden Ausstellungen gibt es Lesungen, Theaterstücke, Vorträge, World-Cafés und

und internationaler Ebene sorgen, aber auch das Engagement jedes Einzelnen sei gefragt.

Als bereits in der Bibel verankert sieht Dr. Hans Diefenbacher, stv. Leiter der FEST, den Auftrag der Kirchen zur Mitgestaltung der gesellschaftlichen Transformation. Die Besucherinnen und Besucher werden durch unterschiedliche Formate wie Ausstellungen, Vorträge und Gruppenarbeit an das Thema herangeführt.

Bis zum 10. September 2017 findet in Wittenberg eine Vielzahl verschiedener Veranstaltungen zu Themen rund um die Große Transformation der Weltgesellschaft statt: Klimawandel und Klimaschutz, Energiewende, nachhaltiger Konsum, Ernährung, Mobilität, Natur- und Tierschutz. Neben wechselnden Ausstellungen gibt es Lesungen, Theaterstücke, Vorträge, World-Cafés und

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
AKTUELLE PUBLIKATION

Juliane Schumacher
LOSS AND DAMAGE!
Was bedeutet gerechte Klimapolitik?
Analysen 29, 24 Seiten, Broschüre
ISSN 2194-2951, Oktober 2016
Download unter:
www.rosalux.de/publikation/19184

